Deutscher Bundestag **Drucksache 18/13484**

18. Wahlperiode 31.08.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jutta Krellmann, Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, Thomas Lutze, Thomas Nord, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Die Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses in den einzelnen Bundesländern

Eine Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung vom 24. Mai 2017 zeigt, dass der Anteil atypischer Beschäftigung 2016 nicht nur erneut ein wenig gestiegen ist, er befindet sich auf dem höchsten Stand seit 13 Jahren (vgl. Böckler-Impuls 09/2017). Insbesondere in den westdeutschen Flächenländern seien atypische Beschäftigungsverhältnisse weit verbreitet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich atypische Beschäftigung und das Normalarbeitsverhältnis in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen Jahren entwickelt haben.

Vor allen Dingen niedrige Löhne, teilweise nicht existenzsichernd, sind oft in atypischen Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen. Hierzu heißt es in der aktuellen Ausgabe von Böckler-Impuls, dass das Beispiel Deutschland besonders bemerkenswert sei. Einerseits stieg die Beschäftigungsrate zwischen 2004 und 2014 stärker als in den meisten europäischen Ländern, andererseits verzeichnete Deutschland den höchsten Zuwachs an Erwerbsarmut. Mehr Arbeit sei keine Garantie für weniger Armut – zumindest dann nicht, wenn die neuen Jobs nicht angemessen entlohnt werden oder die Stundenzahl gering ist (vgl. Böckler-Impuls 12/2017). Auch hier stellt sich die Frage, wie sich die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern darstellt.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
2. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis an allen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigten in einem atypischen Arbeitsverhältnis in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?

4. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in einem atypischen Arbeitsverhältnis an allen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
5. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Leiharbeitsbeschäftigten an allen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
6. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der befristet Beschäftigten an allen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
7. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
8. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen Arbeitsverhältnissen in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen; bitte nach kurzer Teilzeit unter 20 Wochenstunden, mittlerer Teilzeit zwischen 20 und 30 Wochenstunden sowie langer Teilzeit mit mehr als 30 Wochenstunden differenzieren)?
9. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
10. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von Erwerbstätigen und abhängig Beschäftigten in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
11. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Arbeitszeitvolumen in Stunden und in Vollzeitäquivalenten in den einzelnen Bundesländern in den vergangenen 20 Jahren entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr einzeln darstellen und auch Angaben für das gesamte Bundesgebiet sowie für Ost- und Westdeutschland machen)?
12. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen 20 Jahren der Niedriglohnanteil von befristet Beschäftigten, Leiharbeitskräften, Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten für jedes Jahr, für das entsprechende Zahlen vorliegen, angeben; bitte nach Bund, Ost bzw. West und Bundesländern differenzieren)?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

13. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Niedriglohnanteil in den vergangenen 20 Jahren bezogen auf alle Beschäftigten entwickelt (bitte die jüngst verfügbaren Daten nach Bund, Ost bzw. West und Bundesländern differenzieren)?
14. Wie viele der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis werden nach Erkenntnissen der Bundesregierung unterhalb der Niedriglohnschwelle entlohnt (bitte die jüngst verfügbaren Daten nach Bund, Ost bzw. West und Bundesländern differenzieren; bitte für die vergangenen 20 Jahre einzeln darstellen)?
15. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der Zahl und des Anteils von Werkvertragsbeschäftigten vor, die aufgrund von Outsourcing als solche tätig sind oder im Rahmen einer Fremdfirma in einem anderen Betrieb eingesetzt werden?
16. Wie wirkt sich nach Einschätzung der Bundesregierung die zunehmende Zahl von Werkvertragsbeschäftigten, sowohl im Rahmen illegaler Arbeitnehmerüberlassung als auch im Rahmen von fremdvergebenen Tätigkeiten zuvor selbst durchgeführter Arbeiten, auf die Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses und der atypischen Beschäftigung aus, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Werkvertragsbeschäftigung nicht als atypische Beschäftigung erfasst wird?
17. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, insbesondere in Hinsicht auf befristete und geringfügige Beschäftigung?

Berlin, den 31. August 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333